

Antrag Nr. 15-F-03-0045

Bündnis 90/Die Grünen

Betreff:

Prävention gegen Radikalisierung
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18.03.2015 -

Antragstext:

„Rechtsextremismus, Islamismus und Neo-Salafismus stellen eine zunehmende Bedrohung der inneren Sicherheit dar.“ Diese Aussage trifft das ‚Violence Prevention Network‘ (Partnernetzwerk des Landes Hessen, der Bundesministerien des Inneren, der Justiz und der Bundeszentrale für politische Bildung, um nur einige Partner zu nennen) auf seiner Website (<http://www.violence-prevention-network.de/>). Durch die beiden Syrierrückkehrer aus Kastel wird deutlich, dass das Thema „radikalisierte junge Muslime und Muslimas“ auch in Wiesbaden Bedeutung erlangt hat. Am 24. September 2014 verabschiedete die schwarz-grüne Landesregierung den Ausbau des bestehenden Beratungsnetzes und die Schaffung eines eigenen Aussteiger/innenprogrammes.

Auch in Wiesbaden müssen Strukturen geschaffen werden, die die Umfeldler der Betroffenen sensibilisieren, möglichen Radikalisierungstendenzen bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit präventiven Maßnahmen begegnen, bzw. Radikalisierten die Chance eines Ausstieges/einer Deradikalisierung eröffnen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt,

1. zu berichten, welche Maßnahmen von Seiten des Magistrats bislang unternommen wurden, um die bestehende „Plattform Extremismus“ speziell in Bezug auf den Salafismus weiterzuentwickeln und wie er die bisherige Arbeit bewertet?
2. aufzuzeigen, welche Möglichkeiten bestehen, um an vorhandene Netzwerke zur Prävention und Deradikalisierung auf Bundes und Landesseite anzuknüpfen (z.B. dem Violence Prevention-Network / 'Beratungsstelle Radikalisierung' Land Hessen und Bund, etc.).
3. in Abstimmung mit z.B. einem der vorgenannten Netzwerkpartner eine Anlaufstelle in Wiesbaden einzurichten, die Maßnahmen zu dem Thema 'Salafismusprävention' anbietet.
4. unter der Federführung der oben genannten Anlaufstelle werden/wird:
 - a. regelmäßige Informationsveranstaltungen mit Multiplikatoren (z.B. Trägern von Jugendarbeit, Sozialarbeiter/innen, Streetworker/innen, islamischen Gemeinden, Lehrer/innen, etc.) durchgeführt, die wesentliche Kenntnisse vermitteln und eine Sensibilisierung für die Früherkennung von Radikalisierungen ermöglichen.
 - b. Aufklärungseinheiten für gefährdete Jugendliche angeboten, die dazu dienen, islamistischen Radikalisierungstendenzen vorzubeugen.
 - c. ein Beratungsangebot für Eltern und /oder Angehörige und Freunde von „gefährdeten Jugendlichen“ geschaffen.
5. Ein Pilotprojekt 'Aufklärung und Prävention' mit einer oder mehreren Islamischen Gemeinden zur Unterstützung und in Zusammenarbeit mit ihrer Jugendarbeit zu schaffen.

Antrag Nr. 15-F-03-0045
Bündnis 90/Die Grünen

6. Der Wichtigkeit dieser gesamtgesellschaftlichen Herausforderung entsprechend, eine Stabsstelle beim Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Wiesbaden einzurichten.

Wiesbaden, 19.03.2015

Christiane Hinninger
Fraktionsvorsitzende

Sebastian Neumann
Fraktionsreferent